

Bücher sofort zurückgeben

BBB: Ausschuss soll nur städtischen Kita-Personaleinsatz klären

Bruchköbel (pm/ju). Der Bruchköbeler Bürger Bund (BBB) gibt sich bestürzt über den offenen Brief des Gesamtelternbeirats (GEB) der städtischen Kindergärten. Darin hatte der GEB dem Akteneinsichtsausschuss, der zur Personalsituation in den Kindertagesstätten ins Leben gerufen worden war, untersagt, die von den Kindergärten angeforderten Gruppenbücher mit persönlichen Daten einzusehen (der HA berichtet).

Der BBB behauptet nun, die Bücher habe Ausschussvorsitzender Reiner Keim (CDU) angefordert. Das bringt den Bürger Bund zu der Aussage, Keim wolle die Arbeit des Ausschusses durch unsinnige Aktenanforderung diskreditieren und sabotieren. Der Akteneinsichtsausschuss soll laut BBB ausschließlich klären, wie viel Personal für die Kitas eingesetzt ist. Dafür seien keinerlei persönliche Daten von Eltern oder Kindern erforderlich. Die BBB-Fraktion werde in der Ausschusssitzung beantragen, dass die Gruppenbücher sofort wieder ungeöffnet in die Kitas zurückgebracht würden.

In seiner Pressemitteilung betont der stellvertretende BBB-Vorsitzende und frühere Bürgermeister Michael Roth, die Einrichtung des Ausschusses nur deshalb erforderlich geworden, weil Bürgermeister Maibach (CDU) auf Fragen nach der Be-

treuungsqualität für die Kinder der Kitas lückenhaft und teils widersprüchlich geantwortet habe. Der BBB leitet aus den Antworten den Verdacht ab, dass erheblich mehr Personal beschäftigt sein könnte, als der Stellenplan zulasse. Dies aufzuklären liege auch im Interesse der Eltern. Diese müssten schließlich damit rechnen, dass sich die Stadt die Mehrkosten über höhere Kita-Gebühren von ihnen zurückzuholen versuche. Wegen des maroden Haushalts könnte etwa die Kommunalaufsicht verlangen, dass der seinerzeit mit absoluter CDU-Mehrheit gefasste Grundsatzbeschluss durchgesetzt werden müsse, wonach 25 Prozent der Kindergartenkosten durch Gebühren zu decken seien.

Der BBB verlangt, dass Keim, der auch CDU-Fraktionschef ist, die Arbeit des Ausschusses nicht weiter behindere. Gleichzeitig wirft die Partei dem Gesamtelternbeirat vor, die demokratischen Kontrollrechte der Stadtverordneten in Frage zu stellen. Sowohl die Elternvertreter als auch Stadtverordneten hätten ein gemeinsames Interesse, dass Mitbestimmung und demokratische Regeln in Bruchköbel groß geschrieben würden. Das angebliche Gesprächsangebot, das Roth in der Pressemitteilung „erneuert“, hat nach den Worten des GEB-Vorsitzenden Tobias Müller nie bestanden.